



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Pflanzenschutz zukunftsfähig und effektiv gestalten: Bericht zum Stand der Gesetzgebung im Hinblick auf neue Technologien.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bzw. im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus schriftlich bzw. mündlich über Hindernisse beim Einsatz moderner Technologien im Bereich des Pflanzenschutzes zu berichten. Dabei ist auf folgende Punkte einzugehen:

1. Welche Regulierungen zum Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft existieren derzeit auf EU-, Bundes- sowie Landesebene?
2. Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um für Landwirte den Einsatz von Drohnen im Bereich Pflanzenschutz sowie weiteren Anwendungsfällen zu erleichtern (z. B. im Hinblick auf Gewichtsobergrenzen und Genehmigungsverfahren)?
3. Wie bewertet die Staatsregierung das technische Potenzial von Drohnen, z. B. bei der Einzelpflanzenbehandlung, und welche Auflagen verhindern bisher den unbürokratischen Einsatz neuer Technologien?
4. Wie stellt sich die Regulierung des Einsatzes von Drohnen in der Landwirtschaft im Ländervergleich dar, verfügen andere Bundesländer hier über einfachere Regelungen für Landwirte?
5. Welcher rechtliche Zusammenhang besteht derzeit zwischen dem Einsatz von Drohnen und geltenden Verboten wie der flächenhaften Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln auf Dauergrünland und verhindert die Gesetzgebung hier von vornherein den Einsatz neuer Technologien?
6. Sieht die Staatsregierung generell die Notwendigkeit zur Anpassung der Gesetzgebung an neue Technologien, weil sich Risikobewertungen, z. B. für Umweltrisiken durch Abdrift etc., verändert haben?
7. Welche Forschungsprojekte zu innovativen technischen Lösungen wie Drohnen und Robotern fördert die Staatsregierung derzeit und zukünftig, speziell mit Fokus auf Pflanzenschutz?

Begründung:

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche neue Technologien zu Düngung, Aussaat und Pflanzenschutz entwickelt. Leistungsfähige Drohnen und Roboter mit automatischer Erkennung von Schädlingsbefall, Fruchtreife etc. ermöglichen eine Präzisionslandwirtschaft, die bisher in der Gesetzgebung nicht ausreichend Berücksichtigung findet. Kosten- und zeitintensive Genehmigungsverfahren, technische Beschränkungen sowie pauschale Ausbringverbote, z. B. auf Dauergrünland, erscheinen angesichts der modernen Technik nicht mehr zeitgemäß. Der Landtag hat bisher keinen ausreichenden Überblick über bürokratische Hürden und veraltete Regelungen, die der Modernisierung der bayerischen Landwirtschaft im Wege stehen. Es ist daher in Erfahrung zu

bringen, welche Fehlentwicklungen im Bereich des Pflanzenschutzes behoben werden müssen, um wirksame politische Maßnahmen zur Entbürokratisierung einleiten zu können.